



Komitee Nein zur Anti-Impf-Initiative

Unnötige Initiative mit unabsehbaren Folgen

Bern, 3. Mai 2024 – Ein überparteiliches Komitee empfiehlt der Bevölkerung am 9. Juni 2024 ein **NEIN** zur Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit». Deren Kernanliegen «körperliche Unversehrtheit» ist seit langem ein verfassungsmässiges Grundrecht. So darf bereits heute niemand ohne ihre oder seine Zustimmung geimpft werden. Der Text der Initiative ist zudem derart schwammig, dass überhaupt nicht klar ist, welche Auswirkungen sie auf staatliches Handeln hätte. Wären beispielsweise Festnahmen durch die Polizei oder Leibeskontrollen im Justizvollzug ohne Zustimmung der betroffenen Person noch möglich?

Das überparteiliche Komitee Nein zur Anti-Impf-Initiative legt an seiner Medienkonferenz in Bern dar, wie irreführend die Initiative formuliert ist und wie unabsehbar ihre Folgen sind. Die von impfkritischen Kreisen 2021 eingereichte Initiative richtet sich nach eigenen Aussagen in erster Linie gegen Impfungen, aber auch gegen Mikrochips und andere digitale Informationsspeicher, die im Körper eingepflanzt werden könnten.

Keine Impfung ohne Zustimmung

Schon heute darf und kann keine Person gegen ihren Willen geimpft werden. Das wäre auch bei einem befristeten Impfblogatorium für bestimmte Personengruppen ausgeschlossen. Ein solches wäre gemäss Epidemienengesetz in absoluten Ausnahmesituationen möglich: Vorübergehend könnte etwa nicht geimpft Personal in bestimmten Bereichen eines Spitals nicht arbeiten. Ein solches Obligatorium gab es jedoch noch nie. Gegen Ende der Corona-Pandemie, als die Zahl der Erkrankten stark stieg und eine Überlastung des Gesundheitswesens drohte, gab es aber vorübergehend gewisse Einschränkungen für ungeimpfte Personen (bspw. nur Zutritt mit aktuellem Coronatest). Dadurch konnten weitergehende Einschränkungen für die gesamte Bevölkerung vermieden werden.

Fast drei Viertel der Bevölkerung liessen sich freiwillig gegen Covid-19 impfen. Die Impfung war ein wirksames Mittel, um Menschen vor schwerer Covid-Erkrankung zu schützen und damit auch eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Impfstoffe sind eine grosse medizinische Errungenschaft. Übertragbare Krankheiten wie die Pocken konnten ausgerottet, andere wie die Kinderlähmung fast vollständig besiegt werden.

Unversehrtheit ist garantiert

Die körperliche und geistige Unversehrtheit ist schon lange als Grundrecht in der Bundesverfassung festgeschrieben ([Artikel 10, Absatz 2](#)). Das schützt den menschlichen Körper gegen Einwirkungen durch den Staat. Kein Grundrecht gilt absolut, aber die Hürden für eine Einschränkung durch den Staat sind hoch: Dafür muss ein überwiegendes öffentliches Interesse bestehen, oder die Grundrechte anderer Personen müssen gefährdet sein. Zudem braucht eine solche Einschränkung immer eine rechtliche Grundlage, sie muss verhältnismässig sein und kann gerichtlich angefochten werden.

Unklare Folgen einer Annahme

Die Auswirkungen der Initiative sind unklar. «Impfen» wird im Initiativtext nicht erwähnt. Genannt sind «Eingriffe in die körperliche und geistige Unversehrtheit» und verlangt wird zudem, dass eine Person, die ihre Zustimmung verweigert, weder bestraft noch benachteiligt werden darf. Dies umfasst theoretisch sämtliche Tätigkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden, die mit irgendeiner Einwirkung auf den menschlichen Körper verbunden sind. Es ist unklar, unter welchen Bedingungen notwendige Eingriffe zum Beispiel bei der Polizeiarbeit oder im Strafvollzug noch möglich wären. Die konkreten Folgen der Initiative würden von Umsetzung und Rechtsprechung abhängen.

Vierte Abstimmung über Covid-Massnahmen

Die Schweizerinnen und Schweizer konnten wohl als einziges Volk mehrmals über die behördlichen Massnahmen zum Schutz gegen Corona abstimmen. Jedes Mal hiessen sie den Schweizer Mittelweg gut, mit dem weitergehende Einschränkungen vermieden werden konnten (Juni 2021: 60,2%; November 2021: 62%; Juni 2023: 61,9%). Die noch während der Pandemie gesammelte und eingereichte Initiative ist aus der Zeit gefallen.

Nein Komitee

Beat Flach, Nationalrat GLP

Maya Bally, Nationalrätin Die Mitte

Nicolas Walder, Nationalrat Grüne

Patricia von Falkenstein, Nationalrätin LDP

Valérie Piller Carrard, Nationalrätin SP

Website des Komitees: <https://nein-anti-impf-initiative.ch>